

An  
Landeshauptstadt Stuttgart  
Jugendamt  
z.Hd. Herrn Korn  
Wilhelmstr. 3  
70182 Stuttgart



Gesamtelternbeirat  
der städtischen Kindertagesstätten

Betr. Stellungnahme des GEB für Städtische Tageseinrichtungen zum Thema:  
„Kürzung der Öffnungszeiten in Ganztagesgruppen und Erhöhung der Schließtage in  
den Tageseinrichtungen für Kinder“

Stuttgart, den 26.03.2012

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir möchten zu den zwei Themen ihres Schreibens vom 24.02.2012 wie folgt Stellung beziehen. Um es vorweg kurz zu fassen: Der Qualitätsanspruch und die Bedarfsdeckung in der "kinderfreundlichsten Stadt" rücken immer mehr in die Ferne! Wir sehen, dass das anspruchsvolle Einstein-Konzept in den meisten Einrichtungen aufgrund der angespannten Personalsituation und der hohen Fluktuation nicht zufriedenstellend umgesetzt werden kann. Diese Maßnahmen befördern diesen Trend anstatt ihm entgegenzuwirken!

Stellungnahmen im Einzelnen:

#### 1. Erhöhung der Schließzeiten auf 23 Tage

Die Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen dient zwei Zielen:

- a) eine frühkindliche Bildung allen Kindern zukommen zu lassen, insbesondere bei förderbedürftigen Kindern
- b) den Eltern, insbesondere auch den Alleinerziehenden, zu ermöglichen, ihren Unterhalt zu verdienen.

Diese Maßnahme untergräbt beides.

- Je weniger die Einrichtung von den Kindern besucht werden kann, desto weniger Förderung haben die Kinder.

- Auch Eltern brauchen Erholung.

Zusätzliche Schließtage treffen Familien und insbesondere Alleinerziehende. Für Familien wird ein gemeinsamer, zusammen hängender Urlaub schwieriger, Alleinerziehende Mütter oder Väter müssen jetzt schon mit ihrem Urlaub jonglieren, um die Schließzeiten abzudecken. Gerade Alleinerziehende sind oftmals in prekären Arbeitsverhältnissen beschäftigt. Das Mindestmaß von 24 Tagen Urlaub im Jahr ist für viele zugleich das Höchstmaß! Nur noch einen Tag Urlaub frei verplanen zu können ist unwürdig! Alle, auch die Kinder, haben darunter zu leiden.

Es drängt sich der Verdacht auf, dass durch diese Maßnahme auf dem Papier die Personalkapazität erhöht werden soll. In Realität steigt die absolute Anzahl der ErzieherInnen nicht, dieses Rechenspiel wird auf dem Rücken der Eltern

ausgetragen. Für Versäumnisse der letzten Jahre bei der Personalgewinnung dürfen nicht die Eltern in Haft genommen werden!

Aus diesen Gründen lehnen wir die Erhöhung der Schließtage auf 23 entschieden ab! Konsequenterweise müssten die Schließzeiten eher deutlich reduziert werden.

## 2. Kürzung der Regelbetreuungszeit von 8,5 auf 8.0 Stunden

Eltern, welche auf die 8,5 Stunden angewiesen sind, müssen nun eine Zusatzstunde Spät/Frühdienst hinzu buchen, wofür im Jahr weitere 165.- € zu bezahlen sind, was eine weitere indirekte Gebührenerhöhung bedeutet. Hier trifft es wieder einmal finanzschwache Familien und Alleinerziehende besonders, denn gerade diese sind, um den Lebensunterhalt bestreiten zu können, auf ein möglichst großes, bezahlbares Zeitfenster bei der Betreuung angewiesen. Deshalb lehnen wir die Reduktion der Regelbetreuungszeit ab!

Wir können auch nicht nachvollziehen, dass die Mindestpersonalverordnung des Landes diese Änderung bewirken soll, schließlich war die erweiterte halbe Stunde (8,5 h Regelzeit bisher versus 8h künftig) eine Kulanzregelung der Stadt gegenüber den Eltern über gesetzliche Regelungen hinaus. Aufgrund der neuerdings gezahlten Personalkostenzuschüsse des Landes kann es nicht die Finanzlage sein, die zu diesem Schritt führt. (Nebenbei: Diese Zuschüsse machen auch die Gebührenerhöhung überflüssig, siehe Stellungnahme zur Gebührenerhöhung).

Es bleibt als Motiv also die Hoffnung, dass bei extra Kosten für die halbe Stunde mehr Eltern „abspringen“ und somit weniger Personal vorgehalten werden muss. Wir glauben jedoch, dass diese Rechnung nicht aufgehen wird. Da in den meisten Fällen Arbeitsplätze an den Öffnungszeiten hängen, müssen viele anstelle der kostenlosen halben Stunde jetzt eine komplette Stunde zusätzlich zahlen. Die Eltern werden diese auch komplett in Anspruch nehmen, schließlich fällt gegenüber den Arbeitgebern das Argument weg, das Kind zu gewohnten Zeiten abholen zu müssen. Es ist fraglich, wie dann die Betreuung bei dem schon jetzt prekären Kräftermangel funktionieren soll, wenn sich die tägliche Betreuungszeit ausdehnt.

Wir hoffen, dass unsere Stellungnahme im Gemeinderat Berücksichtigung findet.

Gez.

Dr. Michael Piwonski

Vorsitzender des Städtischen Gesamtelternbeirats der Tageseinrichtungen

(Elektronisch erstellt, daher ohne Unterschrift)